

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Migrant(inn)en, multikulturelle Gesellschaft und Rechtsextremismus in den Massenmedien

Ausgehend von einem medientheoretischen Konzept, das zu erklären sucht, welche Rolle die Massenmedien im Rahmen der Ethnisierung unserer Gesellschaft, einer »Kulturalisierung« von Politik und der Entpolitisierung sozialökonomischer Konflikte spielen, analysiert dieser Beitrag, wie Migrant(inn)en bzw. ihre Nachkommen zu »Fremden« gemacht werden, welches Bild der »multikulturellen Gesellschaft« die Medien vermitteln und wie sie über organisierten Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus als Erscheinungen berichten, die das friedliche Zusammenleben von Einheimischen und Minderheiten in Frage stellen.

Massenmedien als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung sozialer Konflikte

»Ethnisierung« ist ein sozialer Exklusionsmechanismus, der Minderheiten schafft, diese (negativ) etikettiert und Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Sie bildet eine mögliche Reaktion auf die fortschreitende Globalisierung, wodurch national(staatliche) Entscheidungsspielräume scheinbar beschnitten werden. Je mehr die Konkurrenz im Zuge der Globalisierung, genauer: der neoliberalen Modernisierung, ins Zentrum zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, desto leichter läßt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen.

Wenn ethnische Differenzierung als Voraussetzung der Diskriminierung und als dominanter Mechanismus einer sozialen Schließung gegenüber Migrant(inn)en charakterisiert werden kann, treiben die Massenmedien den Ausgrenzungsprozeß voran, indem sie als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung wirken. Sondergesetze für und behördliche Willkürmaßnahmen gegen Migrant(inn)en, die man »institutionellen Rassismus« nennen kann, kennen deutsche »Normalbürger/innen« hauptsächlich aus den Massenmedien und bestätigen ihre eigenen Klischeevorstellungen. Umgekehrt benutzt der Staat durch Medien millionenfach verbreitete Ressentiments gegenüber »den Ausländern«, um diese strukturell benachteiligen zu können. Im Rahmen der 1991/92 kampagneartig zugespitzten Asyldebatte rechtfertigten Politiker die Änderung des Artikels 16 GG mit der »Volksmeinung«. Schließlich erhalten Rassismus und Rechtsextremismus durch die Medien ein öffentliches Forum, was auch ihre zunehmende Massenwirksamkeit erklärt.

Massenmedien filtern für die Meinungsbildung wichtige Informationen und beeinflussen so das Bewußtsein der Menschen, für die

Christoph Butterwegge – Jg. 1951; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Köln; zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Globalismus, Neo-liberalismus und Rechtsextremismus, Heft 135 (Januar 2002).

Einschränkend sei angemerkt, daß es »die Medien« natürlich nicht gibt. So wenig die *FAZ* und die *taz* gleichzusetzen sind, so wenig vergleichbar sind Boulevardzeitungen und Nachrichtenmagazine, von audiovisuellen und Printmedien sowie öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten ganz zu schweigen. Nicht einmal den Wirtschafts- oder Politikteil und das Feuilleton einer großen Tageszeitung wie der *FAZ* darf man über einen Kamm scheren.

Medien fungieren dabei als Bindeglieder zwischen *institutionellem* (strukturellem, staatlichem), *intellektuellem* (pseudowissenschaftlichem) und *individuellem* bzw. Alltagsrassismus.

Als *Hintergründe* sind zu nennen: die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die Ausbeutungspraktiken industrieller Großkonzerne, der Ökokolonialismus, die Waffenexporte »unserer« Rüstungsindustrie u. a. m.

Besonders stark ausgeprägt ist dieser Dualismus in der Lokal- und Boulevardpresse: Beide bringen das »Ausländerproblem« oft mit einer drohenden »Übervölkerung« sowie einer Gefährdung der inneren Sicherheit in Verbindung.

»Folgen weltweiter Migrationsprozesse und das Entstehen multikultureller Tendenzen werden in einer Semantik der Gefahren präsentiert. Die vorhandenen und zukünftigen sozialen Veränderungen werden nicht als entscheidend und gestaltbar, sondern als katastrophal und schicksalhaft dargestellt.« (Georg Ruhmann)

sich gesellschaftliche Realität zunehmend über die Rezeption von Medien erschließt. Während beispielsweise die Berichterstattung über Fluchtursachen und deren *Hintergründe* mehr als defizitär zu nennen ist, behandeln die Reportagen aus der *Dritten Welt* überwiegend Kriege und Bürgerkriege, Natur- und Technokatastrophen, Militärputsche und Palastrevolutionen, wodurch das Vorurteil genährt wird, »die Afrikaner«, »die Asiaten« usw. seien zwar Nutznießer der westlichen Zivilisation und der modernen Technologien, zu rationaler Daseinsgestaltung und demokratischer Selbstverwaltung aber unfähig.

Jede Identifikation und Negativklassifikation des »Fremden« dient auch dem Zweck, die (»nationale«) Identität des eigenen Kollektivs schärfer hervortreten zu lassen. Das für die politische Machtentfaltung nach außen unverzichtbare Selbstbewußtsein einer »Volks-« bzw. »Standortgemeinschaft« kann nur geschaffen oder gefestigt werden, wenn sich »die anderen« klar und deutlich davon abheben. Bei dem Versuch einer Reorganisation der »nationalen Identität« im vereinten Deutschland spielten die Medien eine Schlüsselrolle. So zeigte Nora Rätzhel (1993; 1997), wie die Asyldebatte benutzt wurde, um ein homogenes deutsches Volk (als Opfer der Überfremdung, Ausbeutung bzw. Ausplünderung durch »die anderen«) zu konstruieren.

Ausländerkriminalität und Asylbetrug: Angeblich mißbrauchen Zuwanderer »das deutsche Gastrecht«

Über Ausländer/innen in der Bundesrepublik berichten Massenmedien ganz ähnlich wie über das Ausland, nämlich praktisch nur im Ausnahmefall, der möglichst spektakulär sein und katastrophische Züge tragen sollte, wodurch Zuwanderer mit Unordnung, Chaos und Gewalt in Verbindung gebracht werden. Der medial konstruierte und deformierte »Fremde« ist überflüssig und/oder gefährlich, zu bedauern oder zu fürchten – meistens allerdings beides zugleich (vgl. Böke 1997: 191). Dies gilt heute vor allem im Hinblick auf Muslimen und Muslime aus der Türkei, die mit Abstand größte Zuwanderergruppe Deutschlands (vgl. Pinn 1997).

Im deutschen Migrationsdiskurs dominieren semantische Exklusionsmechanismen. Dabei überwiegen konventionelle Metaphern aus den Bereichen »Krieg«, »Handel« und »Wasser« (vgl. Jung u. a. 2000: 131). Beispielhaft genannt seien: »Einmarsch«, »Invasion« und »Ansturm«; »Import«, »Export« und »Schmuggel«; »(Zu-)Strom«, »Welle« und »Flut«. In dem Begriff »einschleusen« überlappen sich die zuletzt genannten Bereiche. Migrant(inn)en und Allochthone werden in deutschen Medien vorwiegend als »Ausländer/innen« bezeichnet. In diesem Sprachgebrauch manifestiert sich der dominante Trend zur Aus- bzw. Abgrenzung von Menschen, die den Einheimischen »fremd« sind. Dadurch, wie Journalist(inn)en über Ausländer/innen, Flüchtlinge und Zuwanderer berichten, zementieren sie eine im Bewußtsein der Bundesbürger ausgebildete Hierarchie, wonach bestimmte Gruppen von Ausländern als »Fremde« betrachtet werden, andere hingegen willkommene Gäste sind.

Aus den Zeitungen erfährt man selten Positives über Ausländer/innen. Mord und Totschlag, Diebstahl, (Banden-)Raub und (Asyl-)

Betrug sind Delikte, über die im Zusammenhang mit ethnischen Minderheiten häufig berichtet wird. Ein angelsächsisches Bonmot (»Only bad news are good news«) abwandeln, kann man konstatieren: Nur böse Ausländer sind gute Ausländer für deutsche Medien! Georg Ruhrmann (1999: 102) spricht daher von einem »Negativsyndrom«, das die Berichterstattung kennzeichne.

Häufig spielt die *Bedrohung* deutscher Ressourcen durch ethnische Minderheiten, vor allem jedoch durch »Wirtschaftsflüchtlinge« und »Asylbetrüger«, eine Rolle. Teun A. van Dijk gelangt aufgrund diskursanalytischer Untersuchungen in Großbritannien und den Niederlanden zu dem Schluß, daß Rassismus durch den Mediendiskurs induziert bzw. verstärkt wird, wobei er die Presse selbst als Teil des Problems identifiziert. Der »kriminelle Ausländer«, welcher im Extremfall spätestens seit dem 11. September 2001 als islamischer Fundamentalist und Terrorist firmiert, repräsentiert für Rainer Geißler die nur grellste Facette des medialen Bedrohungsszenarios. Deutsche werden überwiegend als »Einzeltäter« dargestellt, wohingegen Migrant(inn)en eher im Kollektiv auftauchen, auch wenn nicht explizit von »ausländischen Banden« die Rede ist (vgl. dazu: Jäger u. a. 1998).

Problematisch ist schon die Nennung der nichtdeutschen Herkunft von Tatverdächtigen und Straftätern in Berichten über Verbrechen, weil dadurch der Eindruck vermittelt wird, die Amoralität eines Gesetzesbrechers hänge mit dessen Abstammung oder Herkunft zusammen (vgl. Topitsch 1997: 136). Identifizierende Hinweise auf Nationalität und Hautfarbe sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie die aktuelle Fahndung erfordert (vgl. Merten 1987: 77). Allerdings bedarf es keiner Schlagzeile wie »Tod im Gemüseladen: Türke erschöß Libanesen« (*Weser-Kurier*, 22. 5. 1999: 1), um den Rassismus zu stimulieren. Schon eine scheinbar »objektive« Polizeistatistik zur Ausländerkriminalität, die weder kommentiert noch richtig interpretiert wird, enthält die Botschaft, Menschen anderer Hautfarbe/Herkunft seien aufgrund ihrer biologischen und/oder kulturellen Disposition für Straftaten anfälliger. Tatsächlich sind Ausländer/innen nicht krimineller als Deutsche, und es gibt kaum ein rechtes »Argument«, das durch kritische Reflexion und fundierte Analysen überzeugender zu widerlegen wäre (vgl. Geißler 1995).

Die fatalen Folgen der Asyldiskussion für das Flüchtlingsbild und die politische Kultur

Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*, hat die Folgen der sich über Jahre hinziehenden Asyldiskussion für die politische und Medienkultur des Landes herausgearbeitet. Flüchtlinge wurden zu »Betrügern«, »Sozialschmarotzern« und »Störenfriedern« gestempelt, die durch ihr Hiersein oder ihr Verhalten den Wohlstand und das friedliche Zusammenleben in der Bundesrepublik gefährden. Dabei gab es reihenweise »Dramatisierungen, Skandalisierungen, Exotisierungen, Sensationierungen, Verzerrungen und Falschmeldungen«, die Bernd Scheffer (1997: 33) als »Manipulationen« kennzeichnet. Aber auch in solchen Massenmedien, die auf eine gezielte Beeinflussung und absichtliche Desinformation ihrer Nutzer/innen verzichteten, dominierten fast durchgängig negative Assoziationsketten bzw. pejorative Konnotationen.

»Die Strategien, Strukturen und Verfahren der Nachrichtenbeschaffung, die Themenauswahl, der Blickwinkel, die Wiedergabe von Meinungen, Stil und Rhetorik richten sich alle darauf, »uns« positiv und »sie« negativ darzustellen. Minderheiten haben zudem einen relativ schwierigen Zugang zur Presse; sie werden als weniger glaubwürdig angesehen; ihre Sache gilt nur dann als berichtenswert, wenn sie Probleme verursachen, in Kriminalität oder Gewalt verstrickt sind oder wenn sie als Bedrohung der weißen Vorherrschaft dargestellt werden können.« (Teun A. van Dijk 1993: 125 f.)

»Es knüpft an bestehende Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten an, verstärkt diese gleichzeitig und bereitet damit sozialpsychologisch den Boden für Aktionen gegen ethnische Minderheiten – im harmloseren Fall für politische Beschränkungen, im schlimmeren Fall für Fremdenhaß und brutale Gewaltausbrüche gegen ethnische Minderheiten.« (Rainer Geißler, 1999: 35)

»Wie kaum eine andere Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik hat der sogenannte Asylstreit das Klima in Deutschland verändert – und zwar so sehr, daß es notwendig wurde, in Demonstrationen und Lichterketten die Fundamentalnorm des Gemeinwesens zu verteidigen: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das war etwa so, als müßte die Mathematik das Einmal-eins verteidigen.« (Heribert Prantl, 1994: 53 f.)

»Durch die unreflektierte Verwendung dieser Schlüsselbegriffe haben die Medien mit dazu beigetragen, bei bestimmten Gruppen Handlungsbereitschaften zur Gewalt zu erzeugen bzw. Gewaltanwendung als notwendig und legitim erscheinen zu lassen.« (Brosius/Esser 1995: 215)

Mark Terkessidis (2000: 202) bemerkt zu dieser Fotomontage: »In einem Akt perfider journalistischer Zuspitzung faßte der SPIEGEL das hegemoniale Angstphantasma über ›Ausländer‹ zusammen: Fanatismus, Fundamentalismus, Kriminalität, Gewalt.«

Wie Alexander Häusler (2002: 67) nachweist, »kann sich die Publizistik der extremen Rechten in ihrer Propaganda gegen Zuwanderung und multikulturelle Gesellschaft auf im öffentlichen Diskurs vertretene rechtspopulistische bzw. nationalistische Positionen stützen und sich durch in der Bevölkerung vorherrschende Stimmungen bestätigt sehen.«

Ohne den »Volkszorn« gegen Asylsuchende schürende Berichte wären rassistische Übergriffe wie in Hoyerswerda (September 1991) und in Rostock-Lichtenhagen (August 1992) kaum vor laufenden Fernsehkameras mit Applaus bedacht worden. Im deutschen Mediendiskurs dominierten aber seit 1989/90 Kollektivsymbole wie »brechende Dämme« und das »volle Boot«, die (neo)rassistischen Positionen entsprechen. »Asylantenfluten« ergossen sich über Deutschland, das als »Wohlstandinsel« galt. Nicht nur durch ständige Benutzung der Flutmetaphorik, sondern auch mittels »Killwörtern« (Jürgen Link) wie »Scheinasylanten« oder »Wirtschaftsflüchtlinge« wurde die Stimmung angeheizt.

Im sog. Bremer Kurdenskandal wurden zu Beginn des Jahres 2000 ca. 500 angeblich aus der Türkei stammende Asylbewerber von der Polizei und der Lokalpresse bezichtigt, sich in betrügerischer Absicht als staatenlose Libanesen ausgegeben sowie Aufenthaltsrechte und Sozialleistungen erschlichen zu haben. Statt sich auch mit dem geschichtlichen Hintergrund und den besonderen Umständen der Migration bzw. Flucht von Kurden (vgl. Akbayir/Morres 2000) zu beschäftigen, übernahmen alle Printmedien die Anschuldigungen des Innensensors. Mißbrauchsvorwürfe, die sich aus rassistischen Klischees speisen, geben diesen neue Nahrung, so daß man durchaus von einem Teufelskreis sprechen kann, den zu durchbrechen selbst linksliberalen Journalist(inn)en nicht gerade leicht fällt.

Die multikulturelle Gesellschaft im Zerrbild der Massenmedien

Medien liefern nicht nur (Zerr-)Bilder von Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten, die das Denken und Handeln der Einheimischen beeinflussen, sondern prägen auch deren Haltung im Hinblick auf die Modelle des Zusammenlebens zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion, indem sie Möglichkeiten und Grenzen der Integration ausloten und öffentliche Debatten darüber führen. Besonders das in der Bundesrepublik seit den 80er Jahren diskutierte Konzept einer »multikulturellen Gesellschaft« wurde von Journalist(inn)en kommentiert, (fehl)interpretiert und wiederholt überzogen, aber nicht überzeugend kritisiert.

In seiner Titelgeschichte »Deutsche und Ausländer: Gefährlich fremd« vom 14. April 1997 erklärte der SPIEGEL die multikulturelle Gesellschaft für gescheitert. Auf dem Titelbild des Magazins schwenkte eine Frau mit dunklem Teint und geschwollener Halschlagader eine rote (türkische) Fahne. Daneben saßen Mädchen mit Kopftüchern auf endlos lang wirkenden Bankreihen einer Koranschule. Unter der wehenden Fahne trieb eine männliche, mit Messern und Tschakos bewaffnete Jugendgang ihr Unwesen.

Wenngleich viele Zeitungen und Zeitschriften, die das Thema aufgriffen, differenzierter urteilten (vgl. Sarigöz 1999), bestimmte der SPIEGEL als Leitmedium zunächst das Klima. Man verabschiedete sich von einem sozialliberalen Konzept der Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, dem das konservative Dogma der Nachkriegszeit gegenüberstand, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland und dürfe es auch nicht werden. Sogar seriöse Presseorgane polemisierten gegen das Konzept der »multikulturellen Gesellschaft«, mit dem (Ausländer-)Kriminalität, Bandenkriege und Chaos in Verbindung gebracht wurden.

Dazu paßte die im Sommer 1998 vom damaligen Berliner Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) als Gegenmodell zum Multikulturalismus erhobene, gut zwei Jahre später von seinem Parteifreund Friedrich Merz (CDU) aufgegriffene Forderung, Zuwanderer müßten sich der »deutschen Leitkultur« unterwerfen, worüber in den Medien eine längere Kontroverse entbrannte, bei welcher es um die »nationale Identität« und die Salonfähigkeit eines neokonservativen Kulturrassismus ging. In diesem Zusammenhang fungierten Vertreter demokratischer Parteien wiederholt als Stichwortgeber rechts-extremer Publikationsorgane, die sich gern auf Stellungnahmen und Positionen bürgerlicher Kreise berufen, um ihre Reputation zu erhöhen.

Die multikulturelle Realität der Einwanderungsgesellschaft erfährt in den Medien eine oft genug bewußt betriebene Umdeutung zur Bedrohung oder unzumutbaren Belastung für die autochthone Bevölkerung, was in der Diskussion über die »deutsche Leitkultur« deutlich zum Ausdruck kam.

Globalisierung, Arbeitsmigration und Green Card: »nützliche« und »unnütze« Ausländer

Migration ist so alt wie die Menschheit, nimmt im Zeichen der ökonomischen Globalisierung jedoch neue Züge an (vgl. Galtung 2000; Nuscheler 2000). Gesellschaften werden labiler und ihre Mitglieder der Tendenz nach immer mobiler. Aufgrund der sich durch die modernen Kommunikations-, Informations- und Transporttechnologien verbessernden Gelegenheiten überwinden Menschen heute leichter riesige Entfernungen. Transkontinentale Wanderungen verändern die ganze Welt, und Gesellschaften entsprechen kaum mehr dem überkommenen Muster homogener Nationalstaaten.

Globalisierung, soziale Polarisierung und Pauperisierung großer Teile der Weltbevölkerung fördern die Migration, welcher aufgrund einer multimedial erweiterten Informations- und Kommunikationsstruktur künftig noch mehr Bedeutung zukommt. Bedingt durch Spaltungstendenzen zwischen wie innerhalb der einzelnen Nationalstaaten differenziert sich auch die Migration aus: Während die transnationale Eliten- und Expertenmigration positiv, als »Standortvorteil« bewertet wird, gilt Armutsmigration bzw. Flucht den Bewohnern reicher Länder als »Standortnachteil«, der zu vermeiden oder zu verringern ist.

Zuwanderung wird nicht nur in Deutschland seit jeher unter dem Gesichtspunkt ihres volks- oder betriebswirtschaftlichen Nutzens diskutiert. So wies Wengeler (2000) in einem Diskursvergleich zwischen der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich nach, daß dieser Topos schon während der 70er Jahre überall eine Spitzenstellung unter den die Immigration befürwortenden Argumentationsmustern einnimmt.

Einen neuen Fokus der Medienberichterstattung bildet das Thema »illegale Migration«, meist verbunden mit Horrorszenarios im Hinblick auf eine Invasion der hungernden Massen Afrikas, und die Grenzöffnung nach der EU-Osterweiterung. Da der Landweg für Armutsflüchtlinge durch die sog. Drittstaatenregelung weitgehend versperrt ist, spielt das Meer neuerdings eine besondere Rolle.

»Medien der extremen Rechten zitierten Politiker und Wissenschaftler aus der ›gesellschaftlichen Mitte‹, die der multikulturellen Gesellschaft und den ›Parallelgesellschaften‹ den Kampf ansagten und sich für eine deutsche Leitkultur stark machten, und dokumentierten Artikel bzw. Kolumnen, die zuvor in den etablierten Medien veröffentlicht worden waren und die Forderungen nach einer deutschen Leitkultur mit der sog. Inländerfrage und dem ›deutschen Nationalstolz‹ verknüpften.« (Hentges 2002: 113 f.).

Mit der Schlagzeile »Lebenslüge Multikultur« überschrieb beispielsweise die Rheinische Post am 30. Oktober 2000 einen Kommentar ihres Chefredakteurs Reitz, in dem dieser Umdeutungsmechanismus griff. »Multikultur ist eine Illusion«, hieß es da, »sogar eine nicht einmal wünschenswerte, weil Parallelgesellschaften sich herausbilden würden und ein womöglich gar blutiger Kampf um Vorherrschaft in der Gesellschaft anfinke«. Folglich wurde die Leitkultur als Schutzschild gegenüber kultureller Überfremdung, schleichender Islamisierung und Bürgerkrieg betrachtet.

Besagte »Dualisierung« der Migration spiegelt sich heute auch in einer stärkeren Differenzierung seitens der Massenmedien wider: Während der wirtschaftliche Nutzen einer vermehrten Experten- und Elitenmigration klarer herausgestellt wird, akzentuiert man auch die schädlichen Auswirkungen von Armutswanderungen und Fluchtbewegungen mehr.

Am 17. Juni 2002 erschien der *SPIEGEL* mit einem Titelbild, das unter der Überschrift »Ansturm der Migranten: Europa macht dicht« ein mit verlumpt aussehenden Menschen vollgepfropftes Flüchtlingsschiff zeigt. Anlaß dafür bot der EU-Gipfel in Sevilla, auf dem vier Tage später die Verschärfung der Grenzkontrollen und eine völlige Entrechtung der »Illegalen« beschlossen wurden.

In der sehr breit angelegten Diskussion über Green und/oder Blue Card dominierte erstmals wieder nach 1945 offen das »deutsche Interesse«, wobei weniger *völkische* als *standortnationalistische* Argumentationsmuster hervortraten.

Nach dem 11. September 2001 wurde der erhoffte Paradigmawechsel in der (arbeitsmarktbezogenen) Migrationspolitik aber durch einen autoritären Sicherheitsdiskurs konterkariert: Der von Otto Schily vorgelegte und später noch wiederholt modifizierte Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz erfüllte die durch eine von ihm berufene Kommission geweckten Erwartungen nicht einmal ansatzweise.

Wie manche Journalist(inn)en das Spezialproblem »illegale Zuwanderung« behandeln, grenzt ohnehin an Heuchelei: Man empört sich wortreich über die Rücksichtslosigkeit der Schlepper- bzw. Schleuserbanden, die zwecks eines hohen Gewinns selbst den Tod von Migrant(inn)en aus der sog. Dritten Welt in Kauf nehmen, fragt aber nicht, ob sich Menschen wie jene 58 Chinesen, deren tragischer Erstickungs- bzw. Kältetod in einem Kühllastwagen gegen Ende Juni 2000 als »Drama von Dover« tagelang Presseschlagzeilen machte, vielleicht nur deshalb zweifelhaften Organisationen anvertrauen, weil sich Westeuropa – aus ähnlich egoistischen Gründen, wie sie diesen vorgeworfen wurden – immer mehr abschottet und gegenüber dem Flüchtlingsseld verschließt.

Im Frühjahr 2000 erfuhr die Zuwanderungsdebatte eine neue Wendung, als Bundeskanzler Schröder auf der Computermesse CeBIT anregte, gezielt IT-Fachleute aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben, und das Arbeitsministerium eine Green-Card-Verordnung nach US-amerikanischem Muster, aber mit weniger großzügigen Aufenthaltsregelungen vorbereitete. Die seither auch in den Medien verstärkt erörterte Frage »Nutzen uns die Zuwanderer oder nutzen sie uns aus?« beruht auf nationalistischen und rassistischen Prämissen, welche der proklamierten Weltoffenheit eigentlich Hohn sprechen. Sie grenzt ein nationales Kollektiv, die deutsche »Wir«-Gruppe, »den anderen« bzw. »den Fremden« gegenüber ab.

Nach mehreren Jahrzehnten massiven Widerstandes in der politischen Öffentlichkeit schien sich aufgrund der Green-Card-Initiative von Bundeskanzler Schröder ein gesellschaftlicher Grundkonsens darüber herauszubilden, daß es keine Alternative zur Einwanderungsrealität gibt und daß man sich damit arrangieren muß. Es wurde im Unterschied zur »Gastarbeiter«-Diskussion 1970 bis 1973 einerseits und zu den Asyldebatten 1980 bis 1983 bzw. 1991 bis 1993 andererseits mehrheitlich für eine Öffnung der Bundesrepublik und für die (begrenzte) Einwanderung plädiert. Seit dem Anwerbestopp im November 1973 bestanden nie so große Chancen für eine breite Akzeptanz von Immigration, obwohl kritisch einzuschränken bleibt, daß die Interessen der Wirtschaft am Import von Arbeitskräften den Anstoß dazu gaben und der Nützlichkeitsaspekt die Bereitschaft zur Erteilung befristeter Arbeitsgenehmigungen und Aufenthaltserlaubnisse für ausländische Fachkräfte förderte.

Migration und Integration spielten im Wahlkampf keine unwichtige Rolle, weil die Union den Konflikt um das von ihr abgelehnte, nach einer umstrittenen Abstimmung im Bundesrat am 22. März 2002 verabschiedete und knapp drei Monate später von Bundespräsident Rau unterzeichnete Zuwanderungsgesetz fortführte und das Schlüsselthema »Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« in demagogischer Manier mit dem »Ausländerproblem« zu verkoppeln war. Vor allem in der Boulevardpresse erschien Zuwanderung einmal mehr als eine Bedrohung und Belastung für »die Deutschen«. Man brachte sie mit Arbeitsplatzverlust, »Überfremdung«, Wohnungsknappheit, (Gewalt-)Kriminalität und Sozialleistungsmissbrauch in Verbindung. Bedeutsam war dabei die Komposition von Artikeln, Kommentaren und Berichten. *BILD* plazierte zum Beispiel am 9. Juli 2002 die

Meldung, daß die Zahl der Arbeitslosen im Monat davor wieder auf knapp 4 Millionen gestiegen war, und einen Bericht über den drohenden Bankrott des Maschinenbaukonzerns Babcock-Borsig (»Jetzt stehen rund 13 500 deutsche Jobs auf dem Spiel«) direkt unter der Ankündigung eines Streitgesprächs zwischen den beiden Spitzenkandidaten zu mehreren Themen mit der Überschrift »Schröder und Stoiber im Duell bei *BILD*: Wie viele Ausländer sind genug?« Neben einer schwarzen Bikini-Schönheit ging da die Kurzmeldung »Weniger Asylbewerber« über einen Rückgang von 11,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreshalbjahr nahezu unter.

Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen der Rechtsextremismus-Diskussion

»Rechtsextremismus« ist ein Medienthema, das Konjunkturen und Debattenzyklen kennt, die von der weitgehenden Tabuisierung bis zur Dramatisierung und von der Bagatellisierung bis zur Skandalisierung reichen. Manchmal gehen Verharmlosung und Hysterie sogar Hand in Hand. Trotz der breit angelegten Diskussion, die nach dem 27. Juli 2000 (Bombenanschlag in Düsseldorf) begann und am 23. November 2000 mit der *BILD*-Titelzeile »Neonazis ertränken Kind« ihren Höhepunkt und Abschluß erreichte, hat sich die Öffentlichkeit mit dem Rechtsextremismus, Hintergründen und Urhebern nie ernsthaft auseinandergesetzt. Vielmehr erfüllt die emotionalisierte Debatte eine politische Ablenkungs-, Entlastungs- und Legitimationsfunktion.

Die entsetzte Reaktion des Auslandes war der Auslöser dafür, daß die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den Medien zum ersten Mal seit fast zehn Jahren wieder breiten Raum einnahm. Bis heute spürbar ist eine Sensibilisierung großer Teile der Öffentlichkeit für (ethnische) Minderheiten betreffende Diskriminierungsmaßnahmen, rassistische Ausgrenzung und Tendenzen zur ultrarechten Formierung. Gleichwohl weicht man der zentralen Erkenntnis von Fachwissenschaftlern immer noch aus: Es handelt sich beim modernen Rechtsextremismus keineswegs um ein Randphänomen, etwa das Aufbegehren sozial Benachteiligter, Randalen oder einen »stummen Protestschrei« vernachlässigter Jugendlicher, sondern um ein Problem, das uns alle betrifft, das »aus der Mitte unserer Gesellschaft« kommt und das nur sie selbst bewältigen kann, aber weder Polizei und Justiz noch Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen allein zu lösen vermögen.

Fast ausschließlich ereignisorientiert berichtend, also kaum strukturelle Zusammenhänge erhellend, verkürzen die Massenmedien das Thema »Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt« vielfach auf Sensationshascherei. Dabei stehen die (meist männlichen) Täter eindeutig im Zentrum des Interesses, während die Hintermänner, Opfer und Folgen rechtsextremer bzw. rassistisch motivierter Übergriffe (beispielsweise für die politische Kultur unseres Landes) häufig im dunkeln bleiben. Brigitta Huhnke (1993: 243) hat einschlägige Berichte zweier großer Wochenzeitschriften (*Bild am Sonntag* und *SPIEGEL*) miteinander verglichen, beschreibt eindrucksvoll, was sie »Täter-Opfer-Umkehrung« nennt, und zeigt am Beispiel eines BamS-Artikels über die Ermordung eines Türken, wie rechte Gewalt als Konsequenz einer gestörten Adoleszenz verharmlost wurde. Mi-

Das Thema »Zuwanderung« geriet in den Strudel des Bundestagswahlkampfes, weil CDU und CSU im Januar 2002 mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber einen Politiker zu ihrem Kanzlerkandidaten kürten, der sowohl für restriktive Regelungen bei der Arbeitsmigration wie neuerliche Einschränkungen des Asylrechts warb (vgl. Reißlandt 2002: 241 ff.).

So überdeckt der Themenkomplex *Jugendgewalt* die Gewalttätigkeit der Erwachsenen bzw. der von ihnen geprägten Welt; erschwert die kritische Reflexion über politische Fehler und Versäumnisse im deutschen Einigungsprozeß; schließlich rechtfertigt man damit autoritäre Erziehungsstile und Entwicklungstendenzen.

Erst als der »Wirtschaftsstandort D« in Verruf geriet und ausländische Großinvestoren nach Hetzjagden auf Schwarze sowie der Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen vor allem Ostdeutschland rechts liegen zu lassen drohten, schenkte man der rassistischen Gewalt die nötige Beachtung und forderte die Bürger/innen zur Zivilcourage auf.

»Rechtsextrem motivierte Straftaten und daraus resultierende Gegenaktivitäten stellen sie in den Vordergrund, während Berichte über rechtsextreme Aktivitäten, die keine Straftaten sind, und latenten Rechtsextremismus kaum oder gar nicht vorkommen.« (Pfeiffer u. a. 2002: 275)

litante Skinheads erschienen als »verunsicherte Jugendliche«, Neonazis und Rechtsterroristen als »unpolitische Schlägertypen«.

Problematisch war, daß die Journalist(inn)en besonders spektakuläre Fälle, mit dem »Mord« an dem kleinen Joseph Abdulla aus Sebnitz im November 2000 auch noch einen offenbar bloß konstruierten, ins Zentrum ihrer Berichterstattung rückten. Darüber geriet die »Normalität« des alltäglichen Rassismus, der sich nicht in Türkenwitzen erschöpft, sondern auch in Vorurteilen, Klischees und Stereotypen über die Angehörigen ethnischer Minderheiten manifestiert, gänzlich aus dem Blickfeld.

Zu kurz kam insbesondere die Ursachenforschung: Statt nach überzeugenderen Erklärungen zu suchen, die den gesellschaftlichen Institutionen womöglich eine Mitverantwortung an der weiten Verbreitung ultrarechter Ideologien bescheinigt hätten, bezog man sich lieber auf Deutungsmuster, die Entschuldigungen für die Gewalttäter glichen. Rasch konzentrierte sich die Öffentlichkeit auf den Vorschlag des bayerischen Innenministers Beckstein, die NPD verbieten zu lassen. Es gibt aber kein Patentrezept, und wer überhaupt nicht analysiert, wie, wo und warum der Rechtsextremismus entsteht, kann ihn schwerlich mit Erfolg bekämpfen. Gegenmaßnahmen greifen nur, wenn sie an den Wurzeln ansetzen.

Schon nach einer kurzen Beschäftigung mit Theorien über Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt fällt auf, daß es keinen überzeugenden Erklärungsansatz, sondern eine Vielzahl von Deutungsmustern gibt, die sich zum Teil widersprechen und wechselseitig ausschließen. Dabei korreliert die Beliebtheit der einzelnen Theorien bzw. Theorieersatzstücke oft mit ihrer Beliebtheit. Die in der Tagespublizistik vorherrschende Tendenz zur Simplifizierung eines letztlich unbegriffenen Problems fand man übrigens auch in seriösen Fachorganen, wo Rechtsextremismus als »Jugendprotest« und handfest ausgetragener Generationskonflikt interpretiert wurde.

Durch die Gleichsetzung ultralinker und -rechter Gewalt im Rahmen der Diskussion über die »Sponti«-Vergangenheit von Außenminister Fischer sowie die Haltung von Umweltminister Trittin zum »Mescalero«-Artikel eines Göttinger Studenten, der 1977 zwar »klammheimliche Freude« über den Tod von Generalbundesanwalt Buback geäußert, sich aber unmißverständlich von dem Mord und terroristischen Methoden generell distanziert hatte, wurde der Rassismus verharmlost. Denn wenn die organisierten Hetzjagden auf wehrlose Asylbewerber nur die zeitgemäße Form der Straßenschlachten darstellen, die sich jugendliche Demonstranten und Polizisten während der 60er oder 70er Jahre lieferten, dann kann das Wüten des rechten Mobs so schlimm nicht sein.

»Deutsche(s) zuerst!« – Diskurse der Rechten wandern in die gesellschaftliche Mitte und die Mainstream-Medien

Während man den »Aufstand der Anständigen« proklamierte bzw. landauf, landab »Bündnisse für Demokratie und Toleranz« initiierte, wanderten vermehrt ursprünglich rechte Diskurse in die bürgerliche Mitte. Hier sei nur jener Argumentationsstrang genannt, den ich als Demographie-Diskurs bezeichne. Was sich früher als Sorge um die Größe und die Reproduktionsfähigkeit des eigenen Volkes in ultra-

»Durch die überwiegende Berichterstattung im ›Fall Joseph‹ hat die Presse ihrem Auftrag und vielfach erklärten Anspruch, drängende, aber vernachlässigte Themen auf die politische Agenda zu setzen und das gesellschaftliche Problembewußtsein zu schärfen, einen Bärendienst erwiesen.« (Pfeiffer u.a. 2002: 287)

Vgl. hierzu ausführlich Butterwegge 2001 und 2002 a: 101 ff.

rechten Presseorganen wie *Nation und Europa*, *Deutsche Stimme*, *National-Zeitung* oder *Der Republikaner* artikuliert, wird heute in den Mainstream-Medien thematisiert. Die »demografische Apokalypse« wird beschworen, um ein Rollback des konservativen Familienidylls und reaktionärer Praktiken der Bevölkerungspolitik durchsetzen zu können. Dabei nimmt man billigend in Kauf, daß rechtsextreme Kernideologeme (Biologismus, Sozialdarwinismus und Sexismus), die ähnliche Forderungen beinhalten, an politischem Einfluß gewinnen.

Neben begrenzter Zuwanderung (möglichst aus »benachbarten Kulturkreisen«) wird aktive Geburtenförderung als Mittel favorisiert, das eine weitere Schrumpfung der Population aufhalten oder umkehren soll. Die von dem CDU-Politiker Rüttgers im Jahr 2000 ausgegebene, von den REPublikanern auf ihre Wahlplakate übernommene Parole »Kinder statt Inder« zieht sich wie ein roter Faden durch Diskussionen über eine Wende in der Familien- und eine Rückkehr zur »nationalen Bevölkerungspolitik« (Edmund Stoiber).

Unter der Überschrift »Kinder als Schicksal« verliet die neurechte *Junge Freiheit* am 14. Januar 2000 ihrer Überzeugung Ausdruck, daß Immigration den Geburtenrückgang nicht stoppen könne. Am 14. August 2000 erschien die *ZEIT* mit der Schlagzeile »Kinder, Kinder!« Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, dessen Publizistik seit Jahrzehnten eine familienpolitische Großoffensive verlangt, beklagte Susanne Mayer hier, daß die Zahl »der Deutschen« rapide falle und eine Familienpolitik noch immer fehle. Um eine pronatalistische Sozial- und Familienpolitik ging es auch in ihrem Artikel »Die betrogene Familie« vom 1. Februar 2001, der sich seiner Diktion, hysterischen Aufgeregtheit und dramatisierenden Beschwörungsformeln nach kaum von entsprechenden Beiträgen in rechtsextremen Publikationsorganen unterscheidet, zumal diese aus taktischen Gründen eher Zurückhaltung bei den Formulierungen üben. Auch die Art und Weise, wie »Kinderarmut«, die es zunehmend auch wieder in der Bundesrepublik gibt, nicht mehr als soziale Notlage junger Menschen, sondern als »Mangel an (deutschen) Kindern« begriffen und zum Hauptproblem der Gesellschaft hochstilisiert wird, erinnert an ultrarechte Gazetten.

Während man die Alten, weil für den »Standort D« nicht mehr produktiv, in der öffentlichen Meinung herabsetzt und das Alter entwertet (vgl. Guha 2000), erhalten (deutsche) Kinder nicht nur in den rechtsextremen Medien einen Kultstatus und Familien geradezu Fetischcharakter. In demagogischer Weise werden die Generationen gegeneinander ausgespielt. Während Mayer den »Notfall«, daß »immer mehr Frauen und Männer (...) einfach keine Kinder mehr (bekommen)«, einerseits durch weitere Steuerfreibeträge für Familien (Umwandlung des Ehegatten- in ein Familiensplitting, das besonders kinderreiche Spitzenverdiener begünstigen würde) bekämpfen möchte, sollen andererseits Strafabgaben (»Wenn eine Familie für ein Kind im Monat 800 Mark aufbringt, könnten doch Kinderlose einen vergleichbaren Betrag an das Finanzamt abführen.«) eingeführt und die Mittel für Ältere drastisch beschnitten werden.

Rechtsextreme Gazetten berufen sich ihrerseits auf die Berichte und Berechnungen bürgerlicher Massenmedien, um ihre teilweise

»Sterben die Deutschen (bald) aus?« fragte zum Beispiel die rheinische Boulevardzeitung *EXPRESS* im Sommer 2000 wiederholt, und der *SPIEGEL* benutzte am 23. Oktober 2000 die eine Nazi-Parole ins Gegenteil wendende Überschrift »Raum ohne Volk«.

»Massive Zuwanderung zwecks Rentenabsicherung ist zwar originell, aber mit seriösen ökonomischen Argumenten nicht zu begründen. Stattdessen schweigt die politische Klasse zum eigentlichen Thema: wie die Deutschen schlicht ermutigt werden können, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen.« (*Junge Freiheit*)

Kindermangel, meinte Mayer, bedrohe die »Substanz des Staates«. Sie fragte denn auch: »Wer soll einst für die Älteren sorgen? Woher sollen die Ärzte, die Ingenieure, die Wissenschaftler, die Lehrer und Computerfachleute kommen, um unserem Land eine Zukunft zu geben? Aus dem Internet? Wollen wir nur noch (?) Fachkräfte aus der Dritten Welt abwerben?« Die *ZEIT*-Redakteurin behauptet allen Ernstes, »daß jede (?) Rente schon heute viel zu hoch ist, aufgebläht durch Summen, die eigentlich anderen zustehen – Eltern nämlich, deren Tätigkeit in Haushalt und Kindererziehung spätere Erwerbsarbeit überhaupt erst ermöglicht, die zum Rentenbezug berechtigt.« Dabei übersah sie, daß viele

ältere Frauen von Kleinstrenten leben müssen, die unter dem Betrag liegen, den die Bundesregierung ihrer Meinung nach regelmäßig für jedes Kind ausgeben soll. Als wäre das Gebären und die Aufzucht von Kindern eine staatsbürgerliche Pflicht bzw. eine besondere Leistung, für die Eltern zu entlohnen wären!

In dem »Ein Segen für die Familie« genannten SPIEGEL-Artikel vom 9. April 2001 wurden die Karlsruher Richter besonders gelobt, weil ihr Spruch den Gesetzgeber zu einer Antwort auf das »demografische Desaster« zwingt: »So pathetisch das klingen mag: Es geht um den Bestand des deutschen Volks.«

So kommentierte die *Frankfurter Rundschau* den Streit um das Zuwanderungsgesetz unter Würdigung der Einwände der CDU/CSU-Opposition am 14. Februar 2002 wie folgt: »Natürlich muß Zuwanderung gesteuert werden; angesichts sinkender Kinderzahlen müssen viele junge Leute nach Deutschland kommen, ob über Green Cards oder andere Formen der Zuwanderung; die Wirtschaft weiß das längst.«

absurden Behauptungen seriös erscheinen zu lassen. Hier sei nur die Parteizeitung *Der Republikaner* genannt, wo Michael Wiesberg unter der Überschrift »Rot-grüne »Rentenreform«: Deutsche Kinder unerwünscht?« nach mehreren Zitaten aus dem ZEIT-Artikel Susanne Mayers behauptete: »In einer Zeit, in der von morgens bis abends die rot-grüne Mehrheit im Bundestag eine Rentenreform, die auf eine Bestrafung von Kindern hinausläuft. Die Folge wird sein, daß noch weniger deutsche Paare Kinder bekommen werden. Da drängt sich die Frage auf, ob nicht genau dies gewünscht ist. Die Rechnung der rot-grünen Gesellschaftsingenieure: Je weniger deutsche Kinder auf die Welt kommen, desto mehr Zuwanderer können ins Land strömen.«

Fast alle Medien der Bundesrepublik begrüßten das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung überschwenglich, wonach Eltern, weil sie auch einen »generativen Beitrag« zur Funktionsfähigkeit dieses Sozialversicherungssystems leisteten, geringere Beiträge zahlen sollen. Die *Junge Freiheit* sprach von einem »Sieg für die Familie«, titelte »Kinder sind unser Kapital« und frohlockte: »Familienpolitik wird nach diesem Urteil zu einem beherrschenden Thema im Bundestagswahlkampf 2002 werden.«

Nur selten melden sich Stimmen zu Wort, die mäßigend wirken und die befürchteten Folgen des demographischen Wandels relativieren. So bemerkte Heik Afheldt am 17. Mai 2001 in der ZEIT, 65 Millionen Einwohner seien für die Bundesrepublik ausreichend. Allerdings kam der Artikel nicht ohne Warnung vor zu viel (Arbeits-) Migration aus, die in alarmistischer Manier dargestellt wurde: »Man kann sich leicht ausrechnen, was für ein dramatischer Wettbewerb um »gute Einwanderer« entbrennen wird. Einwanderer, die möglichst kulturverwandt, arbeitswillig und gut ausgebildet, sprachbegabt und damit leicht integrierbar sind. Und Kinder sollten sie auch noch kriegen wollen. Das alles verlangt viel eher nach Kopfprämien als nach huldvoll gewährten Sondergenehmigungen wie Green Cards.«

Zuwanderung wird heute vermehrt mit der demographischen Entwicklung begründet. Es ist zu erwarten, daß der Diskurs über den Geburtenrückgang, fehlende (deutsche) Kinder und die negativen Auswirkungen für den »Wirtschaftsstandort D« bzw. das System der sozialen Sicherung die mediale Öffentlichkeit künftig noch stärker beeinflussen wird. Er birgt die Gefahr einer weiteren Verquickung bzw. Überlappung rechtsextremer und etablierter Positionen der »Mitte« in sich. Der demographische Wandel könnte auch dazu genutzt werden, darüber zu streiten, ob das nationalistische Konstrukt »deutsches Volk« überhaupt noch zeitgemäß ist und die Aufmerksamkeit der Massenmedien verdient oder ob umgekehrt die Globalisierung – hier verstanden als Prozeß eines Zusammenwachsens der Welt – nicht zu einer kosmopolitischen Orientierung führen muß.

Literatur

- Akbayir, Hamide/Morres, Monika (2000): Hintergründe von Migration und Flucht am Beispiel der Kurd(inn)en, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*, Opladen, S. 62-74.
- Böke, Karin (1997): Die »Invasion« aus den »Armenhäusern Europas«. Metaphern im Einwanderungsdiskurs, in: Matthias Jung/Martin Wengeler/Karin Böke (Hrsg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über »Ausländer« in Medien, Politik und Alltag*, Opladen, S. 164-193.
- Bukow, Wolf-Dietrich (1996): *Feindbild: Minderheit. Die Funktion von Ethnisierung*, Opladen.
- Butterwegge, Christoph (1997): *Ethnisierungsprozesse, Mediendiskurse und politische Rechts-*

- tendenzen, in: Ders. (Hrsg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, mit einem Vorwort von Ignatz Bubis, Baden-Baden, S. 172-216.
- Butterwegge, Christoph (1999): Massenmedien, Migrant(inn)en und Rassismus, in: Ders./Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen, S. 64-89.
- Butterwegge, Christoph (2001): Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?, Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Ders./Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen, S. 13-36.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2001): »Ausländer und Asylmissbrauch« als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(innen), in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a. a. O., S. 83-99.
- Butterwegge, Christoph (2002 a): Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien.
- Butterwegge, Christoph (2002 b): Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: UTOPIE kreativ, H. 135 (Januar 2002), S. 55-67.
- Butterwegge, Christoph/Cremer, Janine/Häusler, Alexander/Hentges, Gudrun/Pfeiffer, Thomas/Reißbladt, Carolin/Salzborn, Samuel (2002): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewußtsein, Opladen.
- Dijk, Teun A. van (1993): Eliten, Rassismus und die Presse, in: Siegfried Jäger/Jürgen Link (Hrsg.), Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg, S. 80-130.
- Galtung, Johan (2000): Globale Migration, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Opladen, S. 9-19.
- Geißler, Rainer (1995): Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung [Das Parlament] 35, S. 30-39.
- Geißler, Rainer (1999): Der bedrohliche Ausländer. Zum Zerrbild ethnischer Minderheiten in Medien und Öffentlichkeit, in: Markus Ottersbach/Sebastian K. Trautmann (Hrsg.), Integration durch soziale Kontrolle?, Zu Kriminalität und Kriminalisierung allochthoner Jugendlicher, Köln, S. 23-37.
- Guha, Anton-Andreas (2000): Von der Entwertung des Alters. Einige unsystematische Anmerkungen zu einem schwierigen Problem, in: Vorgänge 150, S. 37-43.
- Häusler, Alexander (2002): Multikulturalismus als Bedrohung deutscher Identität. Migration und Integration in Medien der extremen Rechten, in: Christoph Butterwegge u. a., Themen der Rechten..., a. a. O., S. 67-91.
- Hentges, Gudrun (2002): Das Plädoyer für eine »deutsche Leitkultur« – Steilvorlage für die extreme Rechte?, in: Christoph Butterwegge u. a., Themen der Rechten..., a. a. O., S. 95-121.
- Huhn, Brigitta (1993): Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen Bild am Sonntag und Der SPIEGEL, in: Siegfried Jäger/Jürgen Link (Hrsg.), Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg, S. 213-266.
- Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Duisburg.
- Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000): Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945, Wiesbaden.
- Merten, Klaus (1987): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Ausländer und Massenmedien. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Vorträge und Materialien einer internationalen Fachtagung vom 2. bis 4. Dezember 1986, Bonn, S. 69-78.
- Nuscheler, Franz (2000): Globalisierung und ihre Folgen: Gerät die Welt in Bewegung?, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung..., a. a. O., S. 20-31.
- Pfeiffer, Thomas u. a. (2002): Vom Aufstand der anständigen Presse. Rechtsextremismus-Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen, in: Christoph Butterwegge u. a., Themen der Rechten..., a. a. O., S. 267-288.
- Pinn, Irmgard (1997): Muslimische Migranten und Migrantinnen in deutschen Medien, in: Gabriele Cleve/Ina Ruth/Ernst Schulte-Holtey/Frank Wichert (Hrsg.), Wissenschaft – Macht – Politik. Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse, Münster, S. 215-234.
- Räthzel, Nora (1993): Zur Bedeutung von Asylpolitik und neuen Rassismen bei der Reorganisation der nationalen Identität im vereinigten Deutschland, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), Rassismus in Europa, 3. Aufl. Köln, S. 213-229.
- Räthzel, Nora (1997): Gegenbilder. Nationale Identität durch Konstruktion des Anderen, Opladen.
- Reißbladt, Carolin (2002): Rot-grüne Migrationspolitik und die Zuwanderungsdebatte. Vom »Paradigmenwechsel« zum Wahlkampfthema?, in: Kai Eicker-Wolf u. a. (Hrsg.), »Deutschland auf den Weg gebracht«. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg, S. 213-251.
- Ruhrmann, Georg (1999): Medienberichterstattung über Ausländer: Befunde – Perspektiven – Empfehlungen, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen, S. 95-108.
- Sarigöz, Fatma (1999): Die multikulturelle Gesellschaft im Spiegel der Medien, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien..., a. a. O., S. 9-28.
- Scheffer, Bernd (1997): Eine Einführung: Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen, in: Ders. (Hrsg.): Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen, Opladen, S. 17-71.
- Terkessidis, Mark (2000): Wir selbst sind die Anderen. Globalisierung, multikulturelle Gesellschaft und Neorassismus, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung..., a. a. O., S. 188-209.
- Topitsch, Rainer (1997): Soziobiologie, Fremdenfeindlichkeit und Medien, in: Bernd Scheffer (Hrsg.): Medien und Fremdenfeindlichkeit..., a. a. O., S. 123-142.
- Wengeler, Martin (2000): Von »Belastungen«, »wirtschaftlichem Nutzen« und »politischen Zielen«. Die öffentliche Einwanderungsdiskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz Anfang der 70er Jahre, in: Thomas Niehr/Karin Böke (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien, Wiesbaden, S. 135-157.